

Unter erschwerten Bedingungen Flagge gezeigt!

von Andreas Bernig

Unter dem Motto „Halbe ist Bunt und nicht Braun“ hatte das Aktionsbündnis gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche zu einer Gegenveranstaltung in Halbe am 11. März 2006 aufgerufen. Vor dem historischen Hintergrund des ehemaligen Gedenktages an die Opfer des 1. Weltkrieges hatten die Nazis erneut eine Kundgebung und einen Aufmarsch angemeldet um ihre menschenverachtenden Rituale zu zelebrieren und Halbe zu ihrem neuen Wallfahrtsort zu machen.

Lange im Vorfeld hatten sich auch die Gewerkschaften, die Linke.PDS und die Grünen dem Aufruf des Aktionsbündnisse angeschlossen und zur Teilnahme aufgefordert. Zwei Tage vor der Gegenveranstaltung entschloss sich dazu auch die SPD. Der CDU – Vorsitzende Jörg Schönbohm hatte die Parteien zur Zurückhaltung aufgefordert.

Leider hatte das Verwaltungsgericht erneut nach dem „Erstanmelderprinzip“ entschieden und den Nazis die Hauptstrasse in Halbe sowie den Zugang zum Friedhofsvorplatz zugesprochen. Die Gegenveranstaltung der Demokraten wurde in die Seitenstrasse verbannt. Dazu gab es noch die Auflage der Versammlungsbehörde 100 Meter Abstand zur Nazikundgebung zu halten. Die Klage vor dem Verwaltungsgericht auf 20 Meter Abstand, um den Nazis zu zeigen das sie unerwünscht sind, wurde abgelehnt.

Maßnahmen der Polizei unverhältnismäßig

Durch die Polizei wurde dann auch eine entsprechende „Sicherheitszone“ geschaffen, um eine erneute Aktion des zivilen Ungehorsams wie am 12. November 2005 zu verhindern. Dafür kann man sicherlich Verständnis haben.

Kein Verständnis hatten die Kundgebungsteilnehmer allerdings für die verschärften Kontrollen beim Zugang zum Kundgebungsort.

Von allen Teilnehmern wurden die Personalien aufgenommen und zum Teil Leibesvisitationen durchgeführt. Auf Protest und Nachfrage wurde ihnen von den Polizisten aus Sachsen-Anhalt erklärt, das sei eine Anweisung des Innenministeriums bzw. sogar des Innenministers.

Zunächst wurde auch den Infomobilen vom DGB, Verdi, der GdP und der Linkspartei.PDS die Zufahrt zum Veranstaltungsort in der Schweriner Strasse verwehrt, obwohl diese Bestandteil der Versammlungsanmeldung waren. Diese Maßnahmen stellen insgesamt eine massive Behinderung dar und sind völlig unverhältnismäßig. Sie werden ein parlamentarisches Nachspiel haben! Schließlich konnte dann die Gegenveranstaltung beginnen.

Trotz widriger Witterungsbedingungen wurden die Infostände der Gewerkschaften aufgebaut und ca. 250 Demonstranten gaben ihren Unmut über das Treiben der Nazis kund.

Hielten sich bis zum Mittag die jeweiligen Teilnehmerzahlen noch die Waage, so wuchs am Nachmittag die Teilnehmerzahl der Nazis auf ca. 800 an. Sie waren aus der ganzen Bundesrepublik angereist.

Alle Demokraten sind gefordert

Rechtlich ist es derzeit nicht möglich, diesen braunen Spuk zu verbieten. Es muss aber gelingen den Konsens aller demokratischen Kräfte vom November 2005, den Nazis Halbe nicht zu überlassen zu erhalten und auch zu erfüllen. Dazu bleibt nur die Möglichkeit, gemeinsam durch alle demokratischen Parteien, die Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen Massen von friedlichen Demokraten zu mobilisieren.

Dann gilt das Prinzip „Masse ist auch Klasse“ und die Hauptstasse von Halbe, die Lindenstrasse, muss den Demokraten zur Verfügung gestellt werden. Die Nazis würden in die Seitenstrasse verbannt werden, wo sie hingehören. Bleibt am Rande zu vermerken, dass dem Aktionsbündnis das Vorhaben „Bunt statt Braun“ auch durch Plakatierung des Ortes zu untermalen, ebenfalls wesentlich erschwert wurde.

Das Plakatieren an den Laternenmasten wurde durch den Amtsdirektor nicht erlaubt, sondern nur das Aufstellen von Plakaten auf dem Boden. Das wiederum gestattete die Polizei nicht, weil diese Plakate als „Waffen“ hätten missbraucht werden können. Ein unrühmliches Kompetenzgerangel.

Bleibt auch hier nur die Schlussfolgerung, wenn man wirklich etwas im Kampf gegen den Rechtsextremismus in Halbe erreichen will, dann gehören alle Akteure an einen Tisch um alle rechtlichen Möglichkeiten auszureizen und sich nicht im Kompetenzgerangel zu verstricken